Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten sonnabends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen. **Chocoladen, Cacaos, Desserts.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Arminia Lebensversi.-Bank **München** führt auch eine **Abteilung für Personen,** die in der normalen Lebensversicherung nicht aufnehmbar sind. Auch Anträge von Abgelehnten jederzeit willkommen. Gesuchte erhalten die übliche Provision. Garantiemittel ca. 29 Millionen Mark. Versich.-Bestand ca. 110 Millionen Mark. General-Agentur in Dresden: Johann Georgen-Allee 33 (eig. Haus).

Biesolt & Lockes Meissner Nähmaschinen haben Weltruf! Haupt-Niederlage bei **M. Eberhardt, Mechaniker** Dresden, Marienstrasse 14. Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Kronleuchter Lampen für Gas, Petroleum und Kerzen. **G. Devantier,** Prager Strasse 11.

Ein wirkliches Zimmerluft-Reinigungsmittel, also nicht nur ein Geruch-Versteckungsmittel, ist Carl Wendschuchs **„Ozonin"** dasselbe mit einem Spray-Apparat im Zimmer zerstäubt, bewirkt eine kräftige Desinfektion der Zimmerluft und hinterlässt einen angenehmen, erfrischenden Geruch. Zum Preise von M. 1,50 pro Flasche zu beziehen von **Carl Wendschuchs Etablissement Struvestr. 11.**

Nr. 289. Spiegel: Kartelle. Betriebsmittelgemeinschaft, Zur Fleischteuerung, Landesirrenanstalten, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen, Preußischer Ministerwechsel, Lotterieliste.

Mutmaßl. Witterung: **Kühl, veränderlich.**

Mittwoch, 18. Oktober 1905.

Streiflichter zur Kartellfrage.

Die amtliche Ankündigung, daß der Reichstag bei seiner Wiedereröffnung die längst verheißene Regierungsdenkschrift über die Kartelle vorfinden wird, lenkt in Verbindung mit dem ebenfalls durch Kartellfragen veranlaßten Wechsel im preußischen Handelsministerium aufs neue die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diesen für unser wirtschaftliches Leben so überaus wichtigen Gegenstand und läßt eine kurz zusammenfassende unparteiische Darlegung der leitenden Gesichtspunkte der Materie angebracht erscheinen.

In ihrer reinen ursprünglichen Form verkörpern die Kartelle den an sich durchaus gesunden Grundgedanken, durch Vereinigung selbständiger Unternehmungen mit gleichen oder verwandten wirtschaftlichen Interessen den ungesunden Wettbewerb auf dem gemeinsamen Markte zu beseitigen. Der zügellose Wettbewerb und die sich daraus ergebende Ueberproduktion haben zur Bildung der Kartelle geführt, die daher zunächst bezwecken, die Produktion in einer den Bedürfnissen des Konsums angemessenen planvollen Weise zu regeln und eine der wirtschaftlichen Lage entsprechende Preisbildung zu erzielen. Derartige Kartelle, die sich streng auf den gekennzeichneten Zweck beschränken, wirken nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch nützlich durch die Gewährung einer dauernden Arbeitsgelegenheit, die eine Folge der von ihnen bewirkten Stabilität in der industriellen Tätigkeit bildet. Man darf daher nicht alle Kartelle ohne weiteres in einen Topf werfen, sondern muß die Vorfrage stellen, welches Endziel sie verfolgen. Solche, die, wie das Zucker- und Spiritussyndikat — Kartell ist der allgemeine Ausdruck, während Syndikat gewöhnlich zur Spezialbezeichnung gebraucht wird — die ausgesprochene Tendenz haben, ein darniederliegendes Gewerbe, wie es die Landwirtschaft zweifellos ist, zu erhalten und zu heben oder ein noch nicht darniederliegendes vor dem durch eine unlautere Konkurrenz drohenden Verfalle zu schützen, haben eine vollständige Existenzberechtigung. Wenn sich aber ein Syndikat mit der Absicht bildet, auch in ungünstigen Zeitläuften und Konjunkturen übermäßig hohe Preise zu halten, um des Dividendengewinns willen, mit monopolisierender Tendenz, mit dem Willen, diktatorisch als Trust nach amerikanischem Muster den Markt zu beherrschen, dann kann die wirtschaftliche Einwirkung eines Kartells nicht mehr als dem Gesamtinteresse entsprechend erachtet werden, sondern dann ist der Scheideweg erreicht, an dem die industrielle Produktionsfähigkeit des ganzen Landes in Frage kommt und die öffentliche Wohlfahrt Schutz und Abhilfe durch gesetzliche Maßnahmen erfordert.

In Deutschland gibt es gegenwärtig etwa 300 Syndikate, deren Tätigkeit sich nicht auf die Reichsgrenzen beschränkt, sondern größtenteils auch den Absatz nach dem Auslande umfaßt. Gleichzeitig hat auch unser heimischer Markt nicht unerheblich unter dem unlauteren Geschäftsgebaren der fremden Trusts zu leiden, die uns mit ihren Waren zu Schleuderpreisen überschwemmen, vor denen selbst die Mauern der Schutzzölle nicht genügend standhalten; auf anderem Wege aber ist den ausländischen Trusts natürlich nicht beizukommen. Im Gegensatz hierzu sollen unsere nationalen Syndikate in erster Linie Produktion und Absatz regeln. In Wirklichkeit aber haben auch sie vielfach die Preispolitik zum obersten Prinzip erhoben, und gerade dieser Umstand erregte den Unmut der öffentlichen Meinung gegen die Kartelle bei uns in Deutschland in so hohem Grade, daß die Regierung sich schließlich sogar zu der Einleitung einer amtlichen Untersuchung genötigt sah, als deren erster Niederschlag sich die eingangs erwähnte Denkschrift darstellt. Die Ausschreitungen der kartellistischen Preispolitik sind schlechterdings nicht zu entschuldigen. Ihre Wirkung geht nach dem Urteile von Sachverständigen so weit, daß sie, sofern sie den wichtigsten Rohstoffverbänden zur Last fallen, den wirtschaftlichen Niedergang in vergangener Zeit nicht nur wesentlich verschärft, sondern auch später den Gesundungsprozeß verlangsamt haben. Bezeichnend nach dieser Richtung ist, daß die staatlichen Erhebungen über das Kartellwesen selbst mit Bezug auf die bestgeleitete deutsche Organisation, das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, gerade im Punkte der Preispolitik vielerlei belastendes Material ergaben. Es wurde u. a. festgestellt, daß das genannte Syndikat in der Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs die Preise künstlich hochhielt, anstatt der schweren Notlage der heimischen Industrie durch eine abmildernde Preispolitik zu Hilfe zu kommen. Ein drastisches Beispiel für die Macht solcher wirtschaftlicher Vereinigungen nicht nur in Bezug auf die Beeinflussung der Preise, sondern selbst in politischer Hinsicht bietet der Verlauf der bekannten Hibernia-Angelegenheit, über die der preußische Handelsminister Möller zu Fall gekommen ist. Das Hibernia-Syndikat vermochte aus eigener Kraft den Vorstoß der Regierung zur Verstaatlichung des Unternehmens siegreich abzuweisen. Der Staat ist in dem erstmaligen Waffengange mit dem Syndikat augenfällig der unterlegene Teil geblieben und einstweilen erscheint es noch sehr fraglich, ob der Nachfolger des Herrn Möller ein günstigeres Ergebnis erzielen wird. Ein beredtes Zeugnis für die gewaltigen Kampfmittel, über die solche Vereinigungen verfügen, gibt der sogenannte Trotztrust der „Hibernia", mit dessen Hilfe seinerzeit der Feldzug gegen die Verstaatlichung geführt wurde. Die dem staatlichen Angebote ablehnend gegenüberstehenden Aktionäre übergaben nämlich alle ihre Aktien, d. h. die Mehrheit des Kapitals, dem eigens zu diesem Zwecke neugebildeten „Trotztrust", der dann seinerseits den Anteilnehmern so viel Aktien der neuen Gesellschaft einhändigte, wie sie Hibernia-Aktien eingeschossen hatten. Jeder Beteiligte an dem Trotztrust konnte nun mit seinen Trotztrust-Aktien machen, was er wollte, aber die in der Mehrheit gegen die Regierung befindlichen oppositionellen Hibernia-Aktien blieben unveräußerlich als Gegenstand der Trustaktiengesellschaft in einer Hand beisammen, und es war der Regierung unmöglich gemacht, etliche von ihnen hinzu zu erwerben, um sich die Mehrheit zu sichern.

Um die gemeinschädlichen Auswüchse der Kartelle zu unterbinden, wird von verschiedenen Seiten eine direkte Einmischung des Staates in die Preispolitik gefordert. U. a. hat sich im Vorjahre der Juristentag in Innsbruck mit großer Mehrheit für ein staatliches Eingreifen in dem Sinne ausgesprochen, daß das Einschreiten vornehmlich gegen übertriebene, wirtschaftlich ungerechtfertigte Preissteigerungen gerichtet sein müsse, zumal gegen solche, die empfindlich die Lebenshaltung der minderbemittelten Klassen treffen. Dagegen vertritt Professor Schmoller mit vielen anderen Theoretikern in seinen auf der jüngsten Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik aufgestellten Leitsätzen den Standpunkt, daß ein unmittelbares Eingreifen des Staates bei der Preisbildung aus praktischen Gründe für ausgeschlossen zu halten sei. Die Regelung der Kartellfrage sei vielmehr zur Zeit auf gesetzlichem Wege nur in der Form einer Einschränkung des Machtmißbrauchs möglich, und deshalb müßte eine vollkommene Oeffentlichkeit der Beschlüsse der Kartelle, eine Einengung ihrer autonomen Strafgewalt und Rechtssatzung gegenüber ihren Mitgliedern, sowie der Ausschlußverträge herbeigeführt werden. Ferner seien mittelbare Eingriffe des Staates in die Preis- und Exportprämienpolitik der Kartelle durch Eisenbahntarife und Zollpolitik, Hinwirken auf Kompromisse zwischen Verkäufern und Käufern, sowie zwischen Kartellleitern und Arbeitern über die Preise und Löhne geboten. Weiter empfiehlt Schmoller eine Aenderung der Aktiengesetzgebung durch die Bestimmung, daß ein Viertel des Aufsichtsrates und des Direktoriums von Aktiengesellschaften mit 75 und mehr Millionen Mark mit Vertrauensleuten der Regierung zu besetzen ist, die in der wirtschaftlichen Politik des Unternehmens die Interessen des Gemeinwohls zu vertreten hätten; überdies sollen die Dividenden über 10 Prozent je zur Hälfte dem Reiche und dem Staate zufallen. Schmoller erblickt also den Typus der schädlichen Riesen-Unternehmung in den Gesellschaften mit mehr als 75 Millionen Mark Kapital. Allein das ist offenbar eine ganz willkürlich gezogene Grenze, die in der Sache selbst nicht begründet erscheint. Das, worauf es hauptsächlich ankommt, ist, wie bereits betont wurde, der Monopol-Charakter eines Syndikats, der es zum Trust, zum Ringe macht, und auf der Grundlage dieses Unterscheidungs-Merkmals wird sich auch das in Aussicht gestellte deutsche Syndikatsgesetz aufbauen müssen, wenn anders es wirksam sein und mit möglichstem Erfolge die unverkennbaren Auswüchse und Schädlichkeiten der Kartelle treffen soll, ohne diese selbst in ihrer einwandfreien wirtschaftlichen Tätigkeit zu hemmen. Auf derselben Linie bewegte sich auch der Antrag, den im Jahre 1900 der nationalliberale Abgeordnete Freiherr von Heyl im Reichstage einbrachte, des Inhalts, solche Kartelle und Syndikate, deren Geschäftsgebarung einen nachweislich monopolistischen Charakter angenommen hat, einer sachgemäßen Reichsaufsicht zu unterstellen.

In jedem Falle birgt die Kartellfrage eine solche Menge von theoretischen und praktischen Widerständen und Hemmnissen in ihrem Schoße, daß es selbst bei dem besten Willen aller beteiligten, nicht von parteipolitischen Schlagworten beeinflußten Kreise außerordentlich schwer hält, eine ersprießliche, alle berechtigten Interessen sorgfältig abwägende Lösung herbeizuführen. Es wird daher auch aller Voraussicht nach noch gute Weile haben, ehe ein brauchbares Syndikatsgesetz sich aus den jetzigen vorbereitenden Maßnahmen herausschält. Der grundsätzliche Standpunkt der Regierung ist in der Erklärung enthalten, die Graf Posadowsky bei den zollpolitischen Verhandlungen im Reichstage abgab: „Die Reichsverwaltung verfolgt die Vorgänge auf dem Gebiete des Kartellwesens mit der größten Aufmerksamkeit, ist aber von der Ueberzeugung durchdrungen, daß bei der gesetzgeberischen Behandlung dieser volkswirtschaftlich so außerordentlich schwerwiegenden Frage die größte Vorsicht geboten ist."

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Oktober.

Koloniales.

Berlin. Der Gouverneur Graf Götzen telegraphiert aus Dar-es-Salaam: Hauptmann v. Wangenheim schlug, unterstützt von Massaihilfskriegern, 600 Aufständische am 10. Oktober bei Isega im Südwesten des Bezirkes Mrogoro an der Straße von Kilossa nach Iringa und marschierte auf Widunda weiter. Damit ist der größte Teil des Bezirkes Mrogoro unterworfen. Im Lindi-Bezirke schlug Hauptmann Seyfried auf einem Streifzuge nach Massasi die Rebellen bei Nyangao; Leutnant Ligspiegel schlug mit Teilen der dritten Kompagnie die Aufständischen am Umbekuruflusse, zwischen Kilwa und Lindi. Major Johannes ging mit dem Expeditionskorps heute auf den Kreuzern „Bussard", „Seeadler" und dem Gouvernementsdampfer „Kaiser Wilhelm II." nach Kilwa, von wo er in drei Kolonnen auf Songea vormarschieren soll. Das Expeditionskorps besteht aus der Kompagnie v. Marwitz, der Kompagnie v. Kleist, dem Detachement Marine-Infanterie v. Schlichting und den Etappentruppen unter Oberleutnant Frank, zusammen etwa 500 Gewehre, drei Maschinengewehre, 50 Hilfskrieger und 600 Träger. Das Detachement v. Grawert ging gleichzeitig zur Verstärkung nach den Matumbibergen. Die nach Kilwa abgereiste Eisenbahn-Studienkommission der Unternehmer Philipp Holzmann für Erkundung der Linie Kilwa—Liwale wird von 40 Mann unter Oberleutnant Schulz begleitet. Ueber Kapstadt meldet Bezirksamtmann Richter die Besetzung Songeas durch Oberleutnant Klinghardt mit Hilfskorps aus Bismarckburg.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das „Hansatische Preßbureau" hat über das vielbesprochene Burenkomplott in Windhuk weitere Nachrichten erhalten. Es bestätigt sich, daß, wie allgemein vermutet wurde, die Verschwörer der Klasse der Nationalscouts angehören. Es handelt sich aber nicht nur wie aus der Depesche des Gouvernements hervorzugehen schien, um einen verbrecherischen Plan der sieben verhafteten Rädelsführer, sondern hinter diesen standen noch, wie die neuesten Privatnachrichten erkennen lassen, zahlreiche Helfershelfer, da der zuerst geplante Ueberfall der nach dem Süden gehenden deutschen Proviant- und Munitionskolonnen natürlich nur von einer größeren Schar versucht werden kann. Die Namen der Verhafteten sind: Miller, Liljenveld, Geldenhuis, Waterson, De la Rey, Brink und Botha. Zwei von ihnen, Miller und Liljenveld, brachen in Gemeinschaft mit einem wegen Urkundenfälschung inhaftierten Dritten aus dem Gefängnis aus, in Okahandja wurden sie aber gestellt und beim Versuche, zu fliehen, wurde einer von ihnen durch einen Schuß schwer verletzt. Die Flüchtlinge sind wieder nach Windhuk überführt worden, wo ihnen mit ihren Komplizen der Prozeß gemacht wird. Die Untersuchung wird bald den Umfang und die Bedeutung des Komplotts erkennen lassen. Im übrigen wird der „Nat.-Ztg." aus Windhuk gemeldet, daß unter den eingeborenen Burenelementen die Erbitterung gegen die „eingeführten Südafrikaner" ebenso groß wie bei den Deutschen ist. Seitens der Regierung sollen Maßnahmen getroffen werden, um ähnlichen Vorfällen in Zukunft vorzubeugen. Wie verlautet, soll die Einfuhr dieser Buren zu Transportzwecken sistiert und den die Transportkolonnen begleitenden Kapboys sollen keine Gewehre mehr mitgegeben werden.

Hamburg. Ein Transport verwundeter und kranker Krieger, bestehend aus 5 Offizieren und 52 Mann, kehrte heute mit dem Reichspostdampfer „Feldmarschall" von Südwestafrika zurück. Wie bei früheren Rücktransporten waren vom Berliner Oberkommando Vorkehrungen getroffen worden, um die Krieger gleich in Hamburg abzufertigen, damit sie von hier aus auf Urlaub oder zur völligen Heilung nach einem Kurorte geschickt werden können.

Deutschland, Frankreich und England.

London. (Priv.-Tel.) Der Berliner Vertreter des „Standard" weiß zu berichten, der englische Minister des Aeußeren Lord Lansdowne habe vor vier Monaten im Laufe eines Gespräches dem deutschen Botschafter in London Grafen Metternich gesagt, wenn Deutschland einen Angriffskrieg gegen Frankreich anfangen würde, müßte England den Franzosen militärische Hilfe leisten; er glaube aber nicht an eine solche Eventualität.

Paris. (Priv.-Tel.) Nach den „Dépêches de Toulouse" erklärte Rouvier im Ministerrate, der zum Rücktritt Delcassés führte: Wir haben kein Recht, unser Land ohne dessen Wissen und Willen wegen eines Stückes afrikanischer Erde in einen folgenschweren Krieg zu stürzen, nachdem Frankreichs Degen trotz Elsaß-Lothringens 34 Jahre in der Scheide geblieben ist.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Hier geht das Gerücht, Fürst Trubetzkoi sei von seinen politischen Feinden vergiftet worden. Es habe deshalb auch keine Obduktion der Leiche stattgefunden. — In Tiflis wurde in einem vollbesetzten Straßenbahnwagen der Fürst Dawid Amilachwari von zwei Armeniern überfallen und durch einen Revolverschuß getötet. Die Täter entkamen. — Im Kreise Sangezur im Kaukasus überfielen Tataren zwei armenische Dörfer und zerstörten sie vollständig. Die Armenier rächten sich an den Tataren, indem sie neun ihrer Dörfer in Brand setzten. Dabei kam es zu einem erbitterten Kampfe, in dessen Verlaufe zahlreiche Personen schwer verwundet wurden.

Moskau. (Priv.-Tel.) Das Leichenbegängnis des Fürsten Trubetzkoi gestaltete sich zu einer großartigen politischen Manifestation. Nach der Bestattung im Donschen Kloster zogen etwa 2000 Studierende sämtlicher Hochschulen durch die Donsche Straße, wobei sie die „Marseillaise" sangen. Ein Schuß gab das Signal zum Eingreifen von Kosaken. Die Menge wurde zerstreut, sammelte sich aber wieder und zog unter Gesang weiter. Auf der Steinbrücke kam es abermals zu einem Zusammenstoße mit Kosaken und Polizei. Es entstand ein Straßenkampf; fünf Personen wurden durch Säbelhiebe verwundet, darunter zwei Studenten schwer. — Die Arbeiter der Moskau-Breister Eisenbahn nahmen die Arbeit wieder auf, ebenso die Schriftsetzer der Zeitungsdruckereien.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Eine Anzahl junger Burschen drang gestern in die Maschinenräume des Etablissements für die Herstellung der Staatspapiere und zerstörte die elektrischen Maschinen. Als heute früh zur gewöhnlichen Zeit die Arbeiter erschienen, fanden sie eine Kompagnie des Jomailowschen Regiments vor dem Fabrikgebäude, die ihnen den Einlaß verwehrte. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoße, wobei das Militär mit dem Gewehrkolben in die Menge hieb. Sechs Personen wurden schwer verwundet, zehn leicht.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Dem „Slowo" zufolge sind die Mitglieder des Ausschusses der Petersburger Studenten-

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/8